7459/J
vom 04.11.2026 (XXVIII. GP)

ANFRAGE

des Abgeordneten Peter Wurm
an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **Schutz älterer und vulnerabler Menschen vor problematischen Vertriebspraktiken**

Im Juli 2020 berichtete help.ORF.at über zahlreiche Beschwerden im Zusammenhang mit Weinverkäufen an hochbetagte Menschen.[1] Laut diesem Bericht wurden unter anderem Bewohner von Seniorenheimen telefonisch kontaktiert und in weiterer Folge Wein und Champagner teilweise im Wert von mehreren hundert bis über tausend Euro geliefert. In mehreren Fällen soll es sich um Personen mit Demenzerkrankungen oder erheblichen körperlichen Einschränkungen gehandelt haben. Auch der Verein für Konsumenteninformation (VKI) berichtete damals von entsprechenden Beschwerden.

Laut Zuschriften von Bürgern, die sich mit Onlinerezensionen des betroffenen Unternehmens decken, wird die Praxis weiter angewandt.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage

1. Wie viele Beschwerden sind Ihrem Ressort seit dem Jahr 2017 über Vertriebs- und Verkaufsmethoden bekannt, die sich gezielt oder überwiegend an Bewohner von Senioren- und Pflegeeinrichtungen richten?
2. Wie viele dieser Beschwerden betrafen Personen, bei denen eine Demenzerkrankung oder eine andere erhebliche Einschränkung der Entscheidungs- oder Handlungsfähigkeit bekannt war?
3. Welche Arten von Produkten und Dienstleistungen waren Gegenstand dieser Beschwerden?
4. Wie viele Beschwerden betrafen telefonische Verkaufsanbahnung bzw. Telefonmarketing?
5. Wie viele Beschwerden betrafen nachträglich bestrittene Bestellungen bzw. Verträge?
6. Wie viele Fälle wurden dem Ressort bekannt, in denen Angehörige oder gesetzliche bzw. gerichtliche Erwachsenenvertreter und Erwachsenenvertreter die Wirksamkeit einer Bestellung bestritten haben?
7. Welche gesetzlichen Schutzbestimmungen bestehen derzeit, um ältere und aufgrund von Krankheit oder Behinderung besonders schutzbedürftige Konsumenten vor unangemessenen Vertriebspraktiken zu schützen?
8. Sind diese Schutzbestimmungen aus Sicht Ihres Ressorts ausreichend, wenn eine Person zwar grundsätzlich geschäftsfähig ist, aufgrund einer Erkrankung oder Einschränkung aber erkennbar besonders schutzbedürftig ist?

[1] https://help.orf.at/stories/3201204/ (aufgerufen am 01.10.2026)

9. Welche Möglichkeiten bestehen nach geltender Rechtslage, wenn ein Unternehmen eine Bestellung eines Bewohners einer Pflege- oder Seniorenein-richtung als wirksam behauptet, die betroffene Person bzw. ihre Angehörigen die Bestellung jedoch bestreiten?
10. Welche Behörde bzw. welche Stelle ist für die Kontrolle derartiger Vertriebspraktiken zuständig?
11. Welche Kontroll- oder Aufsichtsmaßnahmen wurden seit dem Jahr 2017 in diesem Zusammenhang gesetzt?
12. Wie viele Verwaltungsverfahren, Unterlassungsverfahren oder sonstige behördliche Maßnahmen wurden aufgrund entsprechender Beschwerden eingeleitet?
13. Hat Ihr Ressort nach Bekanntwerden der damaligen Beschwerden Kontakt mit der betroffenen Branche bzw. deren Interessenvertretungen aufgenommen?
    a. Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?
14. Liegen dem Ressort Erkenntnisse darüber vor, ob die von dem im ORF-Bericht genannten Unternehmen im Jahr 2020 angekündigten Änderungen seiner Geschäftspraxis tatsächlich umgesetzt wurden?
15. Welche Maßnahmen plant das Ressort, um insbesondere hochbetagte, demenzkranke oder anderweitig besonders schutzbedürftige Konsumenten künftig besser vor unerwünschten oder unangemessenen Vertragsabschlüssen zu schützen?
16. Sieht das Ressort einen gesetzlichen Änderungsbedarf, um den Schutz dieser Personengruppe bei Haustür-, Telefon- oder sonstigen Direktvertriebsgeschäften zu verbessern?
    a. Wenn ja, welche konkreten gesetzlichen Änderungen werden geprüft bzw. vorbereitet?
    b. Wenn nein, aus welchen Gründen sieht das Ressort keinen weiteren gesetzlichen Handlungsbedarf?
17. Welche Maßnahmen wurden von der Firma Pieroth Weinkellerei GmbH bezüglich deren Verkaufsmethodik gesetzt?
    a. Hat Ihr Ressort diese Maßnahmen verfolgt bzw. überprüft?



	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-11-04T14:13:13+01:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	